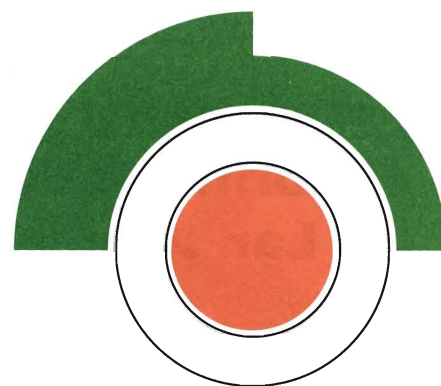


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 10



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 31. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 9.6.2000

## Landtag durch qualitativ hochwertige Arbeit der Fraktionen geprägt

*Der nordrhein-westfälische Landtag hat bei seiner konstituierenden Sitzung am 2. Juni den bisherigen Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt wiedergewählt. In seiner Rede betonte Schmidt, das Parlament habe einen großen Auftrag zu erfüllen.*

Der alte wie neue Landtagspräsident rief die Abgeordneten dazu auf, sich selbstbewusst dem beliebten Ruf zu widersetzen, der da laute: „Wenn alle sparen, muss das Parlament mit gutem Beispiel vorangehen.“ Denn dieser Ruf überzeuge nur auf den ersten Blick. Nichts könnte mehr Verschwendung bewirken als ein Parlament, das sich die Mittel, die es brauche, um wirklich Erste Gewalt zu sein, um Regierung und Regierungsapparat zu kontrollieren, vorsätzlich beschneide.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen sei seit jeher geprägt durch eine qualitativ hochwertige Arbeit der Fraktionen. Es sei selbstverständlich, ihnen dafür in ausreichendem Umfang auch öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Dabei sei zu berücksichtigen, dass auch die Arbeit der Fraktionen in den letzten Jahren anspruchsvoller, aufwändiger und umfangreicher geworden sei. Deshalb müssten sie in der Lage sein, modernste Arbeitstechniken einzusetzen, um ihre Aufgaben bestmöglich erfüllen zu können.

Der Präsident erhoffte und wünschte sich ferner für die neue Wahlperiode eine gute und faire Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien. „Wir sind auf sie angewiesen, denn wir wollen Politik nach außen transportieren“, betonte Ulrich Schmidt. Umgekehrt gelte dies aber auch. Da einstimmige Sach- oder Personalentscheidungen für die Medien oft langweilig seien, Streit, vor allem Streit zwischen Personen, dagegen seitenfüllend überkomme, habe sich das Verhalten der Parteien und der im Blickfeld stehenden Akteure längst darauf eingestellt. Bei aller Inszenierung dürfe aber der Streit um die richtige Politik nicht in Vergessenheit geraten.

## Hans-Ulrich Klose als Vizepräsident verabschiedet „Sein Wort hat auch weiterhin Gewicht“

*Auf der konstituierenden Sitzung des 13. Landtags hat sich der bisherige Vizepräsident des Landtags, Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU), aus diesem Amt verabschiedet.*

Er bedanke sich, sagte der scheidende Vizepräsident in einer kurzen Bemerkung, bei allen Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich, „die mit mir Geduld gehabt haben, die mit mir fair umgegangen sind und die mir vor allem Vertrauen geschenkt haben“. Landtagspräsident Ulrich Schmidt erläuterte in seiner Würdigung, Klose gehöre jetzt 34 Jahre dem Landtag an, davon 18 als erster Vizepräsident. Diese Zeit sei von großem Nutzen und eine Bereicherung für das gesamte Haus gewesen. Der Präsident: „Seine stete Hilfsbereitschaft und seine Zuverlässigkeit, aber auch sein Rat und seine Ideen habe ich persönlich zu jeder Zeit geschätzt. Dafür möchte ich dem als mit Abstand dienstältestem Mitglied des Landtags fraktionsübergreifend im Namen aller Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich danken.“

Klose werde auch nach seiner Zeit im Präsidium eine zentrale Rolle in Bereichen wie Rechts- und Justiz-, aber auch Menschen-

rechts- und Sozialpolitik zukommen. Es werde dann im Plenarsaal ganz still sein, wenn Klose rede, denn sein Wort habe über die Fraktionsgrenzen hinaus Gewicht.



Meinungsaustausch: v. r. die Fraktionsvorsitzenden Edgar Moron (SPD) und Jürgen Möllemann (FDP).

Foto: Schälte

## Die Woche im Landtag

### Vertrauen

Der Landtagspräsident hat sich für das große Vertrauen bedankt, das ihm Mitglieder aller Fraktionen entgegengebracht hätten. (Seite 2)

### Namensaufruf

Bei der konstituierenden Sitzung des neuen Landtags erfolgte der Namensaufruf der Abgeordneten und die Geschäftsordnung wurde in Kraft gesetzt. (Seite 4)

### Arbeitsbilanz

Mit einer Reihe von Daten zu Beratungen, Gesetzgebung und Regierungskontrolle hat der Landtag die Bilanz seiner Arbeit in der 12. Wahlperiode gezogen. (Seite 5)

### Fraktionsspitzen

Die vier im Landtag vertretenen Fraktionen von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN haben ihre Führungsgremien komplettiert. (Seite 6)

### Verfassung

Der Landtag hat einen neuen Band seiner Schriftenreihe unter dem Titel „Konflikt und Konsens“ zu 50 Jahren Verfassung des Landes vorgelegt. (Seite 10)

### Falkenlust

Zur Gesamtanlage der Kurfürstlichen Residenz in Brühl gehört auch das Jagdschloss Falkenlust, die „kleine Schwester“ des Hauptschlusses. (Seite 12)

## Landtagspräsident Ulrich Schmidt bedankt sich für Vertrauen aus den Fraktionen Reform der Verwaltung hat in der 12. Wahlperiode im Landesparlament breiten Raum eingenommen

Die konstituierende Sitzung sei die Stunde des Parlaments und nicht des Präsidenten. „Wir 231 Abgeordnete repräsentieren als erste Gewalt das Volk, von dem alle Staatsgewalt ausgeht und dessen Macht wir wahrnehmen, auf Zeit wahrnehmen. So will es unsere Verfassung, deren Verabschiedung durch den Landtag Nordrhein-Westfalen sich am 6. Juni, zum 50. Mal geöhrt hat.“ Diese Feststellung traf der alte und neue Landtagspräsident Ulrich Schmidt in seiner Rede aus Anlass der konstituierenden Sitzung des Landtags am 2. Juni 2000. Schmidt bedankte sich für das große Vertrauen, das ihm die Mitglieder aller Fraktionen entgegengebracht hätten. In einer Zeit immer heftiger werdender politischer Auseinandersetzungen sei das nicht selbstverständlich.

Der Präsident wies in seiner Rede darauf hin, namhafte Politiker seien am Zustandekommen der Landesverfassung beteiligt gewesen. Er nannte aus dem Verfassungsausschuss beispielhaft Willi Eichler, Konrad Adenauer, Gustav Heinemann, Heinz Kühn und Gustav Altenhain sowie Christine Teusch als einzige Frau. Die knappe Mehrheit von 110 zu 97 weise auf die „schwierige Geburt“ der Landesverfassung hin. Aber sie habe sich über nunmehr fünf Jahrzehnte zusammen mit dem Grundgesetz als geeignetes und stabiles Fundament für die Landespolitik bewährt. Die Landesverfassung unterstreiche die starke Rolle, aber auch die Verantwortung des Parlaments. Ulrich Schmidt fuhr fort, in einer Zeit, in der sich das öffentliche Interesse immer mehr auf die Zweite Gewalt richte, könne ein gesundes Selbstbewusstsein ihr gegenüber nicht schaden. Aber man werde auch in Zukunft konstruktiv mit der Landesregierung zusammenarbeiten, „denn es ist unsere gemeinsame Aufgabe, für die Anliegen der Menschen da zu sein“. Das zeige sich auch



Blumen und Glückwünsche zur Wiederwahl, gute Wünsche und Blumen zum Abschied vom Amt des Vizepräsidenten: v.l. Landtagspräsident Ulrich Schmidt und der bisherige erste Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose. Fotos: Schälte

bei den vielen Petitionen, die hier im Hause behandelt würden. Die vergangene Wahlperiode habe im Zeichen des Wechsels gestanden: Ministerpräsident Johannes Rau sei zum Bundespräsidenten gewählt worden. Ihm sei Wolfgang Clement nachgefolgt. Alle drei Vorsitzenden der Fraktionen seien im Laufe der Wahlperiode aus unterschiedlichen Gründen aus dem Amt geschieden. Die vergangene Wahlperiode habe aber auch im Zeichen neuer politischer Initiativen und Inhalte gestanden. Zwei Enquetekommissionen hätten mit Hilfe der Wissenschaft Szenarien entwickelt über die „Zukunft der Er-

werbsarbeit“ und die „Zukunft der Mobilität“. Er halte beide Projekte für geglückt. Man sollte dem Nach-vorne-Denken in dieser Wahlperiode noch größeren Platz einräumen.

### Wichtige Gesetze

Der Präsident betonte, das Parlament habe in der 12. Wahlperiode wichtige Gesetze auf den Weg gebracht. Dabei habe die Reform der Verwaltung einen breiten Raum eingenommen. Ob im Gesetz zur Stärkung der



Buketts nach der Wahl: Die neuen Landtagsvizepräsidenten und die Landtagsvizepräsidentin nehmen die Glückwünsche entgegen. Im linken Bild gratuliert CDU-Fraktionschef Jürgen Rüttgers (l.) Laurenz Meyer (r.). Im mittleren Bild nimmt Jan Söffing (r.) die Gratulation von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) entgegen. Im rechten Bild gratulieren GRÜNE-Fraktions Sprecherin Sylvia Löhrmann (r.) und FDP-Fraktionsvorsitzender Jürgen Möllemann (vorne) Edith Müller (l.). Fotos: Schälte

## Rede des Präsidenten ...

Fortsetzung von Seite 2)

Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden oder den beiden Modernisierungsgesetzen: Zahlreiche Artikel hätten zum Ziel, die Beteiligungsrechte der Bürger zu erweitern oder die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Es liege in der Hand dieses neu gewählten Parlaments, im Laufe dieser Wahlperiode zu entscheiden, ob beispielsweise die Probephase im Kommunalisierungsmodellgesetz, die im Jahre 2003 ende, erfolgreich beurteilt werde, und ob man sich zu einer gesetzlichen Festschreibung oder gar Ausweitung gemäß des Subsidiaritätsprinzips durchringen könne: „Ich habe große Sympathien dafür“, sagte Schmidt.

## Lebendige Debattenkultur im Landtag gewünscht

„In Europa leben wir heute, teils nach jahrhundertelanger Feindschaft, mit vielen Nationen in guter Nachbarschaft, ja Freundschaft zusammen“, stellte der Präsident fest und fuhr wörtlich fort: „Unsere unmittelbaren Nachbarn – ich meine die Niederländer – mussten in den vergangenen Tagen eine furchtbare Katastrophe durchleben. Was in Enschede passiert ist – die Toten, die vielen hundert Verletzten –, zeigt, dass auch die hoch technisierte Welt nicht vor solch schlimmen Ereignissen gefeit ist. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen der Toten. Wir hoffen und wünschen, dass die Verletzten schnell wieder gesund werden – körperlich und seelisch.“ Nordrhein-Westfalen helfe seit vielen Jahren dabei mit, dass internationale Konflikte entschärft würden. In der internationalen Zusammenarbeit des Landes konzentriere man sich unter anderem auf den Nahen Osten. Die Beziehungen zu Israel hätten dabei einen besonderen Stellenwert. In Israel unterstützte Nordrhein-Westfalen Maßnahmen zur Begegnung von Israelis und Arabern, die einem besseren gegenseitigen Kennen- und Verstehenlernen diene. In den palästinensischen Gebieten wolle das Land vor allem die Autonomieverwaltung beim Aufbau des Systems der beruflichen Bildung unterstützen. Der ersten Gewalt in Nordrhein-Westfalen, dem Parlament für 18 Millionen Menschen, stehe es gut an, seine Außenkontakte mit dem Ziel der Stärkung junger Demokratien auszuweiten.

Dann wandte sich der Präsident einem Thema zu, das nach seinen Worten immer wieder zu hitzigen Diskussionen führe. Es gehe um das schlechte Ansehen der Politiker und die damit zusammenhängende Politikverdrossenheit. „Wir selbst, das Parlament, bieten nicht immer eine überzeugende und vorbildliche Vorstellung von parlamentarischem Leben. Deshalb wünsche ich mir eine lebendige Debattenkultur in diesem Hause.“ Es sei nicht die Härte der Debatte, die die Menschen kritisierten. Der Verdruss setze dort ein, wo die wohllose und geradezu ritualisierte Beschimpfung des politischen Gegners beginne. Für ihn sei es eine Illusion zu glauben, durch das moralische Niedermachen des politischen Gegners stiegen die Chancen der eigenen Partei. „Den Schaden hat vielmehr die Politik insgesamt.“ Schmidt erinnerte hier auch an die bedrückend niedrige Wahlbeteiligung von nur noch 57 Prozent am 14. Mai.



Kontakte: Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD, r.) und der Abgeordnete Dr. Helmut Linssen (l.).

Foto: Schälte

## Drei Vizepräsidenten

Anders als der vorige Landtag stehen in dieser Wahlperiode dem wieder gewählten Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt (SPD) statt bisher zwei nun drei Vizepräsidentinnen/en zur Seite. Jede der drei neben der SPD in den Landtag gewählten Parteien, also CDU, FDP und GRÜNE, hat ein Parteimitglied für das Vizepräsidentenamt benannt. In geheimer Wahl wurden gewählt: Als Präsident Ulrich Schmidt (212 Ja, neun Nein, acht Enthaltungen). Bei der Wahl des 1. Vizepräsidenten entfielen auf den Kandidaten der CDU, Laurenz Meyer, 162 Ja- und 43 Nein-Stimmen, Enthaltungen wurden 24 gezählt. Der Kandidat für das Amt des 2.

Vizepräsidenten, der von der FDP-Fraktion nominierte Jan Söffing, erhielt 139 Ja-Stimmen, mit Nein stimmten 37 Abgeordnete, 52 enthielten sich: eine Stimme war ungültig. Dritte Vizepräsidentin wurde Edith Müller von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Für sie waren in geheimer Wahl 133 Abgeordnete, gegen sie votierten 69, Enthaltung übten 26 Parlamentarier. Auch hier gab es eine ungültige Stimme. Der wieder gewählte Präsident Schmidt dankte für das Vertrauen, das in seiner Wahl zum Ausdruck gekommen sei, und nahm die Glückwünsche des amtierenden Präsidenten Dr. Hans-Ulrich Klose entgegen, der ihm für die Fortsetzung seiner Amtstätigkeit „viel Glück, Erfolg und eine gute Hand“ wünschte.



Die Ausstellung „50 Jahre Landesverfassung Nordrhein-Westfalen“ hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) am 7. Juni in der Eingangshalle des Landtags eröffnet. In seiner Ansprache sagte der Präsident, der Landtag habe die Landesverfassung am 6. Juni 1950 verabschiedet. In einer Volksabstimmung sei sie am 18. Juni gebilligt und am 11. Juli 1950 in Kraft gesetzt worden. Niemand werde behaupten, dass die nordrhein-westfälische Landesverfassung in unserem Alltagsleben ständig präsent sei. Und doch sei sie neben dem Grundgesetz die rechtliche Grundlage, „auf der sich unser politisches, wirtschaftliches und kulturelles Leben abspielt“. Die Ausstellung wolle keine verfassungsjuristische Diskussion beginnen. Sie wolle über die Entstehung der Verfassung informieren, über die damaligen Zeitumstände, über den Wandel gesellschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen und über die politische Praxis, die sich auf dem Boden der Verfassung entfaltet habe. Besonderes Gewicht lege die Ausstellung auf die Entstehungsbedingungen der Landesverfassung, zu denen Ulrich Schmidt die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen nach dem 2. Weltkrieg durch die britische Besatzungsmacht sowie den Weg aus dem Chaos der Trümmersgesellschaft zählte. Der Präsident richtete seinen besonderen Dank an den Historiker Dr. Johann Paul (l.), der die Ausstellung konzipiert und wissenschaftlich bearbeitet, das Begleitbuch dazu verfasst habe und „uns durch sorgfältiges Auswählen interessante und aussagekräftige Exponate präsentieren kann“. Grafisch ins Bild gesetzt haben die Ausstellung die Diplom-Designer Heike Klemm und Wolfgang Fröhling. Für Ausstellungstechnik, Arrangement und Aufbau zeichneten mehrere Studenten des Hans-Schwieber-Berufskollegs der Stadt Gelsenkirchen verantwortlich. Der Direktor des Berufskollegs, Dr. Hofmann, und seine Kollegen Lück und Schwenk hatten die Kooperation zwischen der Fachschule und dem Landtag ermöglicht. Nach der Begrüßung setzte sich der Leiter des nordrhein-westfälischen Hauptstaatsarchivs, Professor Dr. Ottfried Dascher (r.), mit Entstehung und Profil der Landesverfassung auseinander (Ein ausführlicher Bericht folgt).

Foto: Schälte

## Stehend stimmten die Abgeordneten der Verpflichtung zu

Mit dem nach der Geschäftsordnung vorgesehenen Namensaufruf begann am 2. Juni die erste Sitzung des neuen Landtags. Unter den Augen der Zuschauerinnen und Zuschauer auf der dicht besetzten Tribüne des Plenarsaals erhob sich jeder der 231 Landtagsabgeordneten. Danach setzte der geschäftsführende Präsident Ulrich Schmidt auf Antrag aller vier Fraktionen die Geschäftsordnung des Landtags in Kraft – befristet bis zum Ende dieses Jahres. Denn die bestehende Ordnung soll vom Hauptausschuss überarbeitet und dem Urteil des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofs vom Juni vergangenen Jahres angepasst werden.

Nach diesen Regularien erhoben sich Abgeordnete (und Besucher) von ihren Plätzen, um die Verpflichtung der neuen Mitglieder des Landtags vorzunehmen. Präsident Schmidt verlas die Verpflichtungserklärung und dankte den Volksvertretern: „Sie haben die Verpflichtungserklärung durch Erheben von Ihren Plätzen bestätigt.“ Schmidt übergab zur Wahl des Landtagspräsidiums (Landtagspräsident und drei Vizepräsidenten/innen) die Sitzungsleitung an Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose. Diese Wahl erfolgte geheim, zur Stimmabgabe wurden die anwesenden Abgeordneten an die beiden im Plenarsaal aufgestellten, gläsernen Urnen gerufen. Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wurde Ulrich Schmidt nominiert, die Auszählung der abgegebenen Stimmen ergab – bei 229 anwesenden Abgeordneten – 212 Ja-Stimmen. Mit Nein stimmten neun Abgeordnete, acht enthielten sich.

Die Zahl der **Schriftführerinnen und Schriftführer** wurde auf 15 festgelegt. Es sind Jürgen Jentsch, Dr. Hans Kraft, Gisela Ley, Hans-Dieter Moritz, Irmgard Schmid, Elke Talhorst, Gisela Walsken (alle SPD), Jutta Appelt, Monika Brunert-Jetter, Heinrich Kru-

se, Marie-Theres Ley, Ursula Monheim, Dietrich Thiede (alle CDU), Dr. Ute Dreckmann (FDP) und Brigitte Herrmann (GRÜNE).

Es folgte die Bestimmung der Zahl der **Mitglieder des Ältestenrates** und deren Benennung: Auf gemeinsamen Antrag der Fraktionen entfielen auf die SPD sieben Mitglieder, auf die CDU sechs Mitglieder, auf die FDP ein Mitglied (plus ein beratendes Mitglied) und auf die GRÜNEN ein Mitglied (plus ein beratendes Mitglied). Es sind bei der SPD die Ordentlichen Mitglieder Marc Jan Eumann, Carina Gödecke, Dr. Axel Horstmann, Edgar Moron, Brigitte Speth, Horst Vöge und Ellen Werthmann mit den Stellvertretern Frank Baranowski, Helga Gießelmann, Gabriele Gorcitzka, Dr. Bernhard Kasperek, Elke Talhorst, Hans Vorpeil und Ernst-Martin Walsken; bei der CDU die Ordentlichen Mitglieder Hermann-Josef Arentz, Heinz Hardt, Lothar Hegemann, Dr. Hans-Ulrich Klose, Herbert Reul, Dr. Jürgen Rüttgers und den Stellvertretern Hannelore Brüning, Regina von Dinther, Dr. Helmut Linssen, Heinrich Sahren, Anne-Hanne Siepenkothen und Eckhard Uhlenberg; bei der FDP das Ordentliche Mitglied Jürgen W. Möllemann sowie das beratende Mitglied Marianne Thomann-Stahl und bei den GRÜNEN das Ordentliche Mitglied Sylvia Löhmann und das beratende Mitglied Johannes Rimmel.

Der Landtag bestellte ferner einen **ständigen Ausschuss** gemäß Artikel 40 der Landesverfassung. Ihm gehören der Präsident des Landtags, die Vizepräsidenten sowie die Mitglieder des Ältestenrates an. In den **Wahlprüfungsausschuss** wurden als Ordentliche Mitglieder Manfred Böcker, Carina Gödecke, Charlotte Kann und Edgar Moron sowie ihre Stellvertreter Ursula Bolte, Oda-Gerlind Gawlik, Donata Reinecke und Karl-Heinz Rusche (alle SPD), ferner Heinz Hardt, Dr. Hans-Ulrich Klose und Herbert Reul mit den Stellvertretern Dr. Wilhelm Droste, Dr. Rolf Hahn und Werner Jostmeier (alle CDU), Dr. Stefan Grüll mit dem Stellvertreter Karl-Peter Brendel (beide FDP) und Johannes Rimmel mit seiner Stellvertreterin Barbara Steffens (beide GRÜNE) gewählt.

Dem auf Vorschlag der vier Fraktionen gewählten **Gremium nach Paragraf 23 des**

**Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen** gehören an: Die Ordentlichen Mitglieder Edgar Moron, Carina Gödecke und Jürgen Jentsch mit den Stellvertretern Frank Baranowski, Annelie Keverseler und Brigitte Speth (alle SPD), die Ordentlichen Mitglieder Heinz Hardt, Lothar Hegemann und Dr. Hans-Ulrich Klose mit den Stellvertretern Dr. Wilhelm Droste, Helmut Diegel und Theo Kruse (alle CDU), das Ordentliche Mitglied Dr. Stefan Grüll mit der Stellvertreterin Angela Freimuth (beide FDP) und das Ordentliche Mitglied Sylvia Löhmann mit dem Stellvertreter Johannes Rimmel (beide GRÜNE).

Der vom Landtag bestellte **Ausschuss für Grubensicherheit und Aufgabenübertragung** hat 13 Mitglieder. Für die SPD gehören ihm als Ordentliche Mitglieder Peter Budschun, Werner Bischoff, Wolfgang Roth, Karl-Heinz Rusche, Jürgen Thulke, Hans Vorpeil und die Stellvertreter Manfred Deegen, Axel Dirx, Manfred Hemmer, Hans Krings, Klaus Strehl und Elke Talhorst, für die CDU als Ordentliche Mitglieder Wolfgang Kölker, Fritz Kollorz, Gabriele Kordowski, Franz-Josef Pangels, Bärbel Wischermann mit den Stellvertretern Marie-Luise Fasse, Lothar Hegemann, Wilhelm Lieven, Hubert Schulte und Willi Zylajew, für die FDP Holger Ellerbrock mit seinem Stellvertreter Dr. Jens Jordan und für die GRÜNEN Rüdiger Sagel mit seinem Stellvertreter Reiner Priggen an.

Der **vorläufige Petitionsausschuss** besteht aus 15 Mitgliedern. Ordentliche Mitglieder sind Dorothee Danner, Charlotte Kann, Wilfried Kramps, Inge Lagemann, Friedhelm Lenz, Gisela Ley und Gerd Wirth (alle SPD), Hans-Martin Schlebusch, Bernd Schulte, Anne-Hanne Siepenkothen, Dietrich Thiede, Josef Wilp und Bärbel Wischermann (alle CDU), Felix Becker (FDP) und Brigitte Herrmann (GRÜNE). Zu stellvertretenden Mitgliedern wurden bestellt: Frank Baranowski, Werner Bischoff, Bodo Champignon, Bernd Flessenkemper, Annelie Keverseler, Gerda Kieninger und Hildgard Nießen (alle SPD), Jutta Appelt, Dr. Hans-Ulrich Klose, Ursula Monheim, Franz-Josef Pangels, Herbert Reul und Bernhard Schemmer (alle CDU), Dr. Ingo Wolf (FDP) und Ruth Seidel (GRÜNE).

Der neue Landtag verabschiedete ferner auf Vorschlag der vier Fraktionen von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN Richtlinien für die Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Landtags.



Landtagspräsident Ulrich Schmidt hat den Schweizer Botschafter Dr. Thomas Borer-Fielding (im linken Bild links) zu einem Antrittsbesuch empfangen. Ebenfalls seinen Antrittsbesuch beim Präsidenten absolvierte der neue Polizeipräsident von Düsseldorf, Michael Dybowski (im rechten Bild links). Fotos: Schälte



### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf.  
Postfach 10\* 143, 40002 Düsseldorf  
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: \*56801\*, FAX 8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender Pressesprecher des Landtags  
Redaktionsbeirat: Für die 13. Wahlperiode noch nicht benannt.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung und Versand: Trittsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon: (02 11) 3 86 36 26  
ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Durchschnittsalter und Frauenanteil

Die FDP stellt nach dem Lebensalter die jüngsten Abgeordneten. Allein drei der 24 liberalen Abgeordneten sind unter 30 Jahre alt. Das sind 12,5 Prozent. Insgesamt beläuft sich das Durchschnittsalter der FDP auf 43,67, das der SPD auf 51,50, der CDU auf 51,06 und das der GRÜNEN auf 44,53 sowie das des gesamten Landtags auf 50,00 Jahre. Bei SPD und GRÜNEN ist kein Abgeordneter bis 30 Jahre alt, hingegen zwei bei der CDU. Zwischen 31 und 40 sind bei der SPD neun Abgeordnete, bei der CDU acht, bei der FDP sechs und bei den GRÜNEN fünf, zwischen 41 und 50 Jahren bei der SPD 36, bei der CDU 25, bei der FDP sieben und bei den GRÜNEN zehn, zwischen 51 und 60 Jahren bei der SPD 48, bei der CDU 44, bei der FDP acht und bei den GRÜNEN zwei und über 60 Jahre bei SPD und CDU jeweils neun, bei den beiden kleinen Fraktionen keine Abgeordneten, alt.

Der Frauenanteil im neuen Landtag beläuft sich mit 72 auf 31,17 Prozent: 38 bei der SPD, 19 bei der CDU, sechs bei der FDP und neun bei den GRÜNEN.

★

**Maria-Theresia Kastner** (CDU), neue Landtagsabgeordnete aus Münster, hat am 9. Mai ihren 50. Geburtstag begangen. Seinen 50. Geburtstag feierte ferner der neue CDU-Abgeordnete **Friedhelm Heinrich Ortgies** aus Rahden am 12. Mai. Am 12. Juni vollendet die neue FDP-Abgeordnete **Dr. Ute Dreckmann** aus Bochum ihr 50. Lebensjahr.

★

**Rüdiger Goldman** (CDU), in der 12. Wahlperiode über die Landesreserveliste seiner Partei als Abgeordneter ins Parlament nachgerückt, ist aus dem Landtag ausgeschieden.



Mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ist der CDU-Landtagsabgeordnete Franz-Josef Britz (l.) ausgezeichnet worden. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) überreichte in einer Feierstunde den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. In seiner Laudatio unterstrich der Präsident, der Politiker Britz werde für die zahlreichen Verdienste ausgezeichnet, die er sich in der Kommunal- und Landespolitik, aber auch im Bereich der Wohlfahrtspflege erworben habe. Zum Werdegang führte der Präsident aus, Franz-Josef Britz habe nach dem Abitur 1966 an der Ruhruniversität Bochum Wirtschaftswissenschaften mit dem Abschluss Diplom-Ökonom studiert. Nach der zweiten Staatsprüfung sei er seit 1978 Oberstudierrat an den Berufsbildenden Schulen der Stadt Gladbeck gewesen. Der CDU sei er 1971 beigetreten und sei Vorsitzender des Bezirks Essen-Steele/Kray und Mitglied des Vorstandes des Kreisverbandes Essen der CDU. Ferner habe er von 1979 bis 1990 sowie 1994 und 1995 als Mitglied dem Rat der Stadt Essen angehört. Seit 1990 sei er Abgeordneter des Landtags. In der nun zu Ende gehenden 12. Wahlperiode sei er ordentliches Mitglied im Ausschuss für Verwaltungsstrukturreform und dort Sprecher der CDU-Fraktion sowie im Ausschuss für Kommunalpolitik gewesen. 1998 sei er ferner ordentliches Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses geworden. Der Präsident erwähnte auch die ehrenamtlichen Tätigkeiten von Franz-Josef Britz. So sei er Vorsitzender des Vereins Essener Kontakte e.V. – Gemeinschaft für sozialpsychiatrische Hilfen und gehöre dem Kreisverband Essen der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. an.

Foto: Schälte

## Beeindruckende Arbeitsbilanz zum Abschied

Der 12. Landtag verabschiedet sich mit eindrucksvollen Daten aus seiner Leistungsbilanz. Seit seinem ersten Zusammentreten im Jahr 1995 beschlossen die 221 Abgeordneten 97 Gesetze und berieten 122 Gesetzentwürfe. In 1 631 kleinen Anfragen und 18 großen Anfragen wurde die Landesregierung um Auskunft zu einzelnen Fragen oder Sachverhalten gebeten. Die Kontrolle der Exekutive setzte sich in 106 Aktuellen Stunden und bei 245 mündlichen Anfragen fort, die in den Protokollen der 145 Plenarsitzungen verzeichnet sind.

Unter den verabschiedeten Gesetzen befanden sich so wichtige Vorhaben wie das neue Hochschulgesetz des Landes – übrigens wurde auch die Hochschulmedizin neu geordnet –, die beiden Gesetze zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung, das Krankenhausgesetz, Regelungen für den Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder, Krankenhausgesetz, Datenschutzgesetz, Landesgleichstellungsgesetz und das Gesetz zur weiteren Stärkung der Bürgerbeteiligung in den Kommunen. Auch die Weiterbildung war Thema der gesetzgebenden Arbeit der Volksvertretung.

Auf eine neue gesetzliche Grundlage stellte der Landtag zudem den Maßregelvoll-

zug im Lande. Das geschah vor dem Hintergrund der Arbeit des ersten Untersuchungsausschusses der letzten Legislaturperiode. Die vier Untersuchungsausschüsse des 12. Landtags (Forensik, HDO I und II, Flugaffäre) traten 128-mal zusammen, die Enquetekommissionen tagten 69-mal. Die Bilanz vermerkt insgesamt 1 324 Ausschusssitzungen. In 106 öffentlichen Anhörungen informierten sich die Abgeordneten über Standpunkte, Meinungen und Interessenlagen von Sachverständigen und Sprecherinnen und Sprechern von Verbänden, Organisationen, Verwaltungen und der Wissenschaft.

Aber nicht nur der organisierte Mensch oder die Vertreter von Institutionen haben die Chance, vom Landtag gehört zu werden. Mit den Beschwerden, die ihren Grund im Handeln (oder Nichthandeln) nordrhein-westfälischer Behörden haben und auf Gesetzen des Landes beruhen, kann sich jeder Einzelne an den Petitionsausschuss wenden. Rein rechnerisch entfielen auf jedes der 25 Mitglieder nahezu 1 000 Eingaben: Der personell stärkste Ausschuss des Landtags hatte in der vergangenen Wahlperiode nicht weniger als 24 199 Petitionen zu bearbeiten. – Diese beeindruckende Bilanz hat der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, am 30. Mai der Öffentlichkeit vorgelegt.

## Kontaktpflege

Düsseldorf will die Kontakte zwischen Landtag und Landeshauptstadt verbessern. So hat Oberbürgermeister Joachim Erwin (CDU) zum Termin der konstituierenden Sitzung des neuen Landtags die Abgeordneten begrüßt und in seinem Schreiben auf die Möglichkeiten hingewiesen, die Düsseldorf zu bieten hat. Nach der Sommerpause will die Stadt die Abgeordneten einladen; mit dem neuen Landtagspräsidentium sollen weitere Schritte beraten werden, etwa die Absicht, dass sich die Landeshauptstadt im Haus des Landtags vorstellt. Düsseldorf ist mit neun Abgeordneten im Landtag vertreten; die fünf Wahlkreise der Stadt wurden von der SPD direkt geholt; weitere vier Düsseldorfer Abgeordnete sind über die Reservelisten der anderen Parteien in den Landtag gekommen (zwei von der CDU, je einer von GRÜNEN und FDP).

## Andere Führungsstruktur:

# SPD stellt ihre Arbeit auf eine neue Basis

Die stärkste Fraktion des 13. Landtags, die 102-köpfige SPD-Fraktion, hat ihre Spitze neu gebildet. Am 23. Mai hat sie ihren bisherigen Fraktionsgeschäftsführer Edgar Moron (58) zum neuen Fraktionschef gewählt. Moron erhielt 81 von 93 abgegebenen Stimmen, das entspricht 87,1 Prozent. Neun Abgeordnete stimmten mit Nein, drei enthielten sich. Moron wurde damit Nachfolger von Professor Dr. Manfred Dammeier, der nach der Wahl vom 14. Mai nicht wieder in den Landtag zurückgekehrt ist.

Eine Woche darauf, am 30. Mai, komplettierte die SPD-Fraktion ihr Spitzengremium. Dem Vorsitzenden stehen auf der Basis der neuen Fraktionsgeschäftsordnung acht stellvertretende Vorsitzende zur Seite. Sie sind für jeweils einen Arbeitsbereich zuständig. Dem Fraktionsvorstand gehören künftig keine Beisitzer mehr an; stattdessen nehmen die Arbeitskreisvorsitzenden mit beratender Stimme an den Sitzungen des Vorstands teil.

In das Amt der Parlamentarischen Geschäftsführerin der Fraktion, das zuvor der jetzige Fraktionsvorsitzende Moron innehatte, wurde die Bochumer Landtagsabgeordnete Carina Gödecke gewählt.

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende sind für den Bereich Inneres und Recht Frank Baranowski (Gelsenkirchen), Wirtschaft und Innovation Marc Jan Eumann (Köln), Übergreifende Projektarbeit Helga Gießelmann (Bielefeld), Kommunalpolitik und Infrastrukturentwicklung Dr. Axel Horstmann (Herford), Landesentwicklung und nachhaltige Umweltpolitik Dr. Bernhard Kasperek (Recklinghausen). Für den Bereich Bildung und Jugend zeichnet Brigitte Speth (Düsseldorf) verantwortlich, Horst Vöge aus Dinslaken ist für Arbeit und soziale Gerechtigkeit zuständig. Finanzen sind das Arbeitsfeld von Ernst-Martin Walsken aus Solingen.



Auf mehr Schultern verteilt haben die SPD-Fraktion und ihr Vorsitzender Edgar Moron (unser Bild entstand auf der Pressekonferenz nach seiner Wahl) die politische Verantwortung. In der Partei gebe es viele Begabungen und Talente und Persönlichkeiten, die für führende Funktionen in der Landespolitik geeignet seien, erklärte der neue Vorsitzende. Das Land Nordrhein-Westfalen sei das wirtschaftliche Zentrum Europas, es gestalte seit Jahren einen beispielhaften Strukturwandel. Geist und Kräfte, die das Land habe, müssten genutzt werden. „es ist die Aufgabe in dieser Legislaturperiode, diese Kräfte zu entfesseln“, stellte Moron vor den Journalisten fest. Das Markenzeichen sozialdemokratischer Politik sei soziale Gerechtigkeit und das heiße zuallererst: Arbeit für alle. Er, Moron, erwarte von den beiden Oppositionsparteien eine kämpferische Oppositionsarbeit, in der sie sich gegenseitig übertreffen wollen – „die SPD-Landtagsfraktion ist darauf gut vorbereitet“.

Foto: Schälte



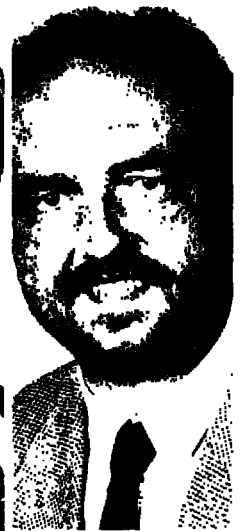
Frank Baranowski



Marc Jan Eumann



Helga Gießelmann



Dr. Axel Horstmann



Carina Gödecke



Dr. Bernhard Kasperek



Brigitte Speth



Horst Vöge



Ernst-Martin Walsken

## Vorsitzender und Vorstand der CDU-Landtagsfraktion gewählt



Vorstand komplett: v. l. Jürgen Rüttgers, Heinz Hardt, Hermann-Josef Arentz, Antonius Rösenberg und Eckhard Uhlenberg (alle CDU).

Ihren Geschäftsführenden Vorstand hat die CDU-Landtagsfraktion am 31. Mai gewählt. Bereits zwei Wochen zuvor war Jürgen Rüttgers zum neuen Vorsitzenden der Unionsfraktion gewählt und Heinz Hardt in seinem Amt als Parlamentarischer Geschäftsführer bestätigt worden. Die CDU-Landtagsfraktion vervollständigte ihre Führungsriege, indem sie Hermann-Josef Arentz, Antonius Rösenberg, Eckhard Uhlenberg, Regina van Dinther und Lothar Hegemann als stellvertretende Fraktionsvorsitzende wiedergewählte sowie Bernhard Recker neu in den Fraktionsvorstand berief. Als weitere Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands wählte die CDU-Fraktion einstimmig Dr. Hans-Ulrich Klose zum Justitiar und Hannelore Brüning als Finanzbeauftragte. Für das Amt des Landtagsvizepräsidenten schlug die Fraktion mit 78 Ja-Stimmen, sechs Nein-Stimmen und vier Enthaltungen den bisherigen Fraktionsvorsitzenden Laurenz Meyer vor.

Neuer Fraktionsvorsitzender ist Jürgen Rüttgers, der bisher nicht dem Landtag angehörte. Rüttgers stammt aus Köln. Er war Referent beim Städte- und Gemeindebund NRW,

von 1980 bis 1986 Landesvorsitzender der Jungen Union Rheinland, von 1980 bis 1987 erster Beigeordneter in Pulheim, von 1985 bis 1999 Kreisvorsitzender der CDU-Erftkreis und bis zum Mai dieses Jahres Mitglied des Deutschen Bundestages, wo er von 1989 bis 1994 das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion innehatte, deren stellvertretender Vorsitzender er 1998 wurde. Von 1994 bis 1998 war Rüttgers Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Seit Januar 1999 ist er CDU-Landesvorsitzender und seit April 2000 stellvertretender Bundesvorsitzender.

### Herkunft und Berufe

Jürgen Rüttgers Vorstandskollegen kommen aus den unterschiedlichsten Berufen. Heinz Hardt ist von Hause aus Ingenieur für Heizung, Lüftung und Klima und war einst bei der Stadt Düsseldorf beschäftigt, deren Bürgermeister er später wurde. Hermann-Josef Arentz aus Köln ist ehemaliger Bildungsreferent der KAB und füh-

rend auf Landes- wie auf Bundesebene in der CDA tätig. Dem CDU-Landesvorstand gehört er seit 1991 an. Antonius Rösenberg aus Steinheim (Kreis Höxter) wurde nach einer Ausbildung als Landmaschinenschlosser Sozialarbeiter. Er gehört der CDU bereits seit 1962 an. Eckhard Uhlenberg aus Werl hat den Beruf eines selbstständigen Landwirts. Er ist Vorsitzender der Agrarsprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen.

Regina van Dinther aus Wetter ist Diplom-Ingenieurin für Bekleidungstechnik und führt als selbstständige Geschäftsführerin eine GmbH. Lothar Hegemann aus Recklinghausen ist selbstständiger Versicherungskaufmann. Seit 1986 gehört er dem Landesvorstand der CDU an. Bernhard Recker ist von Hause aus Pädagoge und war Schulleiter in Ahlen.

Dr. Hans-Ulrich Klose aus Korschenbroich ist von Beruf Richter und war als Justitiar tätig. Von 1982 bis zum Ende der 12. Wahlperiode hatte er das Amt des 1. Landtagsvizepräsidenten inne. Hannelore Brüning aus Neuenkirchen ist von Beruf Kauffrau und hat einen selbstständigen Handwerksbetrieb aufgebaut. Sie gehört seit 1990 dem Landtag an.



Führungsriege: v. l. Regina van Dinther, Lothar Hegemann, Bernhard Recker, Dr. Hans-Ulrich Klose und Hannelore Brüning (alle CDU).



Fraktionsführung der FDP, v. l.: Jürgen W. Möllemann, Vorsitzender, Marianne Thomann-Stahl, Parlamentarische Geschäftsführerin, Horst Engel, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Dr. Stefan Grüll, stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Fraktionsvorsitzender Möllemann war Lehrer von Beruf und 26 Jahre jung, als er 1972 zum ersten Mal in den Bundestag gewählt wurde. In Augsburg geboren, besuchte er in Rheinberg das Gymnasium bis zum Abitur. Als 17-Jähriger trat er in die CDU ein, die er nach fünf Jahren wieder verließ. Der FDP gehört er seit 30 Jahren an. In Bonn brachte er es in Koalitionsregierungen seiner Partei mit der CDU bis zum Vizekanzler und zum Bundesbildungs- und Bundeswirtschaftsminister. 1994 scheiterte er als NRW-Landesvorsitzender der FDP. Möllemann ist verheiratet und hat drei Kinder. Anfang Juni legte er sein Bundestagsmandat nieder, mit dem 1998 seine achte Wahlperiode im Bundestag begann. Bei einer Pressekonzferenz im NRW-Landtag am 30. Mai kündigte Möllemann „eine andere Opposition“ an.

Marianne Thomann-Stahl, Diplomvolkswirtin und bis zu ihrer Wahl 1985 bei einem Paderborner Elektronik-Großbetrieb beschäftigt, gehörte dem NRW-Landtag bereits in der 10. und 11. Wahlperiode an. Sie war zuletzt stellvertretende Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Verkehrsausschusses. Verkehrspolitik wird auch künftig zu ihrem Arbeitsbereich gehören. In die FDP trat die 1954 in Schwaben geborene Politikerin 1973 im Alter von 19 Jahren ein. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Horst Engel ist von Beruf Polizeihauptkommissar und Diplomverwaltungswirt. Dr. Ste-

## Vorsitzende, Stellvertretung, Geschäftsführung der beiden kleinen Fraktionen

Die Fraktionen der FDP (24 Mitglieder) und der GRÜNEN (17 Mitglieder) wählten Mitte Mai ihre Fraktionsführungen. Fraktionsvorsitzender der FDP wurde Jürgen W. Möllemann (55) aus Münster. Spitzenkandidat der Landtagswahl am 14. Mai. Zu seinen Stellvertretern wurden Horst Engel (53) aus Pulheim und Dr. Stefan Grüll (38) aus Bonn und als Parlamentarische Geschäftsführerin Marianne Thomann-Stahl (46) aus Minden gewählt. Die Fraktion Bündnis 90/GRÜNE wählte Sylvia Löhrmann (43) aus Solingen zur Vorsitzenden. In der 12. Wahlperiode hatte die GRÜNE-Fraktion eine „Doppelspitze“ aus zwei gleichberechtigten Abgeordneten, einer Sprecherin und einem Sprecher. Als Löhrmanns Stellvertretung wurden die Landtagsneulinge Barbara Steffens (38) und Reiner Priggen (47) gewählt, die zusammen vorher den NRW-Landesverband geführt haben. Parlamentarischer Geschäftsführer wurde Johannes Remmel (38), in der vorigen Wahlperiode Vorsitzender der Enquete-Kommission Zukunft der Mobilität.

fan Grüll ist als Rechtsanwalt auf Medienrecht spezialisiert und gibt auch Bankkaufmann als Beruf an.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE), 1957 in Essen geboren, war Oberstudienrätin und seit 1989 Ratsmitglied in Solingen, zuletzt Fraktionssprecherin. Sie rückte im Oktober 1995 in den Landtag nach. Der Landtagsfraktion diente sie seit 1998 als Fraktionsgeschäftsführerin. Außerdem übte sie nach dem Rücktritt einer Kollegin das Amt der Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung aus. Sie war in der vorigen Wahlperiode ordentliches Mitglied im Ältestenrat und in den Ausschüssen für Frauenpolitik und für Kommunalpolitik.

Johannes Remmel, von Beruf Publizist, wurde 1962 in Siegen geboren und absolvierte

an der dortigen Gesamthochschule ein Lehrstudium der Geschichte, katholischen Theologie und Sport mit dem Abschluss Sekundarstufe II. Er war Geschäftsführer der Siegener Ratsfraktion der GRÜNEN und 1988/89 Hausmann als Vater eines Kindes. Nach publizistischer Tätigkeit in Reisebuchverlagen unterrichtete er drei Jahre lang Deutsch als Fremdsprache. In die GRÜNE-Partei war er mit 21 Jahren eingetreten.

Reiner Priggen ist von Beruf Diplomingenieur und wohnt mit seiner Familie in Aachen, als Vater zweier Kinder mit der früheren Fraktionssprecherin im Landtag. Gisela Nacken, Barbara Steffens ist von Beruf biologisch-technische Assistentin und wohnt in Mülheim/Ruhr.



Die neue Spitze der GRÜNE-Fraktion, v. l.: Sylvia Löhrmann, Vorsitzende, Johannes Remmel, Parlamentarischer Geschäftsführer, Reiner Priggen, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Barbara Steffens, stellvertretende Fraktionsvorsitzende.





Der neu bestellte Ausschuss für Grubensicherheit wählte den SPD-Abgeordneten Peter Budschun (59) aus Recklinghausen zum Vorsitzenden. Sein Stellvertreter wurde Franz-Josef Pangels (CDU).

## Wirtschaftsausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie bestand in der 12. Wahlperiode aus 21 Mitgliedern (10 SPD, 9 CDU und 2 GRÜNE). Bei insgesamt 53 Sitzungen ließ sich Ausschussvorsitzende Hannelore Brüning (CDU) nur selten vom stellvertretenden Vorsitzenden Loke Mernizka (SPD) vertreten. Wirtschaftspolitische Sprecher waren zunächst Bodo Hombach, dann Werner Bischoff für die SPD-, Laurenz Meyer, dann Christian Weisbrich für die CDU- und Alexandra Landsberg für die GRÜNE-Fraktion.

Der Wirtschaftsausschuss hatte in der 12. Wahlperiode eine breite Palette von Themen zu beraten. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung ging es den Fraktionen auch um Risikokapital für wettbewerbstaugliche und für neue Betriebe. Der im Einvernehmen schließlich zustande gekommene Risikokapitalfonds ging der CDU-Opposition allerdings nicht weit genug. Bei den Beratungen über die Förderansätze der jährlichen Haushaltsentwürfe legten die Abgeordneten auch Wert auf kritische Prüfung der Effizienz der eingesetzten Mittel. Immer wieder bemühten sich die Wirtschaftspolitiker um die Mittel- und Kleinbetriebe. Die „Gründungsoffensive“ der Landesregierung und die Meistergründungsprämie hielten alle Fraktionen für sinnvolle Instrumente der Mittelstandsförderung. Bei neuen Technologien gab es teilweise kontroverse Standpunkte, etwa bei der Förderung von Biotechnologie. Um die Effizienz der Technologiezentren in NRW ging es dem Wirtschaftsausschuss unter anderem bei einer Anhörung zum Technologie-Transfer. Bei Messebesuchen bemühte sich der Ausschuss um Kontakte zu Unternehmen und um die Förderung des NRW-Außenhandels. Häufig stand die Energiepolitik (Strombörse, Liberalisierung der Energiewirtschaft, kommunale Energieversorgung, Garzweiler, Kohlesubventionen) auf der Tagesordnung. Dreimal wechselte der Ressortminister während der 12. Wahlperiode: Nach Wolfgang Clement folgten als Wirtschaftsminister Bodo Hombach, Peer Steinbrück und Ernst Schwanhold.

## Der Haushaltsausschuss in der 12. Wahlperiode

### Sorge um Budgetrechte des Parlaments

Der Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) setzte sich in der 12. Wahlperiode aus 23 Mitgliedern, davon 11 SPD-, 9 CDU- und 3 GRÜNE-Abgeordneten zusammen. Vom Beginn der Wahlperiode 1995 bis Dezember 1998 leitete Leo Dautzenberg (CDU) aus Heinsberg den Ausschuss. Nach dessen Wahl in den Deutschen Bundestag übernahm Volkmar Klein (ebenfalls CDU) aus Siegen den Ausschussvorsitz.



Vorsitzender Volkmar Klein (CDU, Mitte) leitete die Sitzungen des Haushaltsausschusses ab 1999, l. neben dem langjährigen früheren NRW-Finanzminister Heinz Schlieüßer, r. Ausschussassistentin Silvia Winands.

Der Haushalts- und Finanzausschuss kam insgesamt 89-mal zu Sitzungen zusammen. Einen Schwerpunkt der Arbeit nahm die Beratung der Haushaltsplan- und Nachtrags Haushaltsplan-Entwürfe sowie der jährlichen Gemeindefinanzierungsgesetze ein. Bei den Haushaltsplanberatungen wurde der Ausschuss durch seinen Unterausschuss „Personal“ unterstützt, der sich intensiv mit den Stellenplänen der Ressorts auseinandersetzte.

Durch die Änderung der Geschäftsordnung des Landtags zu Beginn der 12. Wahlperiode wurden im HFA Berichterstatter und Berichterstatterinnen jeder Fraktion für die Einzelpläne des Haushalts ernannt. Diese sollten die Etatberatungen für den Haushalts- und Finanzausschuss vorbereiten. Zu diesem Zweck fanden in der Regel von September bis Anfang November eines Jahres so genannte „Berichterstattergespräche“ mit den Vertretern des jeweiligen Ressorts und des Finanzministeriums statt. Die wesentlichen Ergebnisse der Gespräche wurden in einem Vermerk schriftlich dargestellt und an die betroffenen Fachausschüsse und den HFA weitergeleitet. Auch wenn in der Vergangenheit an dem Instrument der Berichterstattergespräche vereinzelt Kritik geäußert wurde, scheinen die Abgeordneten diese zusätzliche Informationsmöglichkeit überwiegend positiv zu bewerten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss befasste sich in der 12. Wahlperiode weiterhin intensiv mit der 3. Änderung der Landeshaushaltsordnung. Ein Schwerpunkt der Beratungen war dabei die Einführung neuer Steuerungsmodelle im Landeshaushalt, die durch die Einfügung des neuen Paragraphen 17a in die Landeshaushaltsordnung ermöglicht werden sollte, und die Auswirkungen auf das Verhältnis von Exekutive und Legislative. Der Ausschuss führte im Oktober 1998 zu dieser Problematik eine Experten-Anhörung durch. Dabei sollten u. a. Erkenntnisse darüber gewonnen werden, wie das

Budgetrecht des Parlaments auch bei zunehmender Globalisierung und Budgetierung gewährleistet werden kann und welche neuen Steuerungsinstrumente das Parlament bei der Begleitung dieser Prozesse benötigt, wenn eine Steuerung wie bisher über die Dotierung von sehr detailliert auf gegliederten Haushaltstiteln nicht mehr möglich sein wird. Außerdem informierte sich eine Delegation des HFA über die Erfahrungen dazu in der Schweiz bei Schweizer Bundes- und Kantonspolitikern in Bern und Zürich. Auch bei einem Zusammentreffen mit Abgeordneten des Wiesbadener Landtags ging es unter anderem um diesen Themenkreis.

Der HFA befasste sich weiterhin sehr intensiv mit der Frage der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs. Im Jahr 1997 fand zu dem Thema ein Meinungsaustausch mit Abgeordneten des bayerischen und des baden-württembergischen Landtags statt, nachdem diese Bundesländer ein von ihnen in Auftrag gegebenes Gutachten vorgestellt hatten, das zu dem Ergebnis kam, der bestehende Länderfinanzausgleich benachteilige die Zahlerländer überproportional. Das Finanzministerium des Landes NRW informierte den Ausschuss mehrfach ausführlich über den jeweiligen Stand der Beratungen bzw. des Gerichtsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht.

Neben einer Vielzahl von weiteren Aufgaben des HFA, die sich aus der Landeshaushaltsordnung ergeben, wie z. B. die Einwilligung in über- und außerplanmäßige Ausgaben oder in Grundstücksverkäufe des Landes, befasste sich der Ausschuss in der 12. Wahlperiode auch mit verschiedenen steuerrechtlichen und -politischen Problemen, mit den Beteiligungen des Landes, mit der Zukunft der Düsseldorfer Börse, mit der Frage der Begrenzung der Staatsverschuldung und mit Angelegenheiten der Westdeutschen Landesbank, insbesondere mit dem EU-Verfahren gegen die WestLB.

Silvia Winands

## Literatur

# Blick zurück und auch ein Wegweiser in die Zukunft

## „Konflikt und Konsens“ – Neuer Band in der Schriftenreihe des Landtags

*Die Verfassung von Nordrhein-Westfalen kann in diesen Tagen auf 50 Jahre seit ihrer Verabschiedung durch das Landesparlament und ihre Billigung durch eine Volksabstimmung zurückblicken. Aus diesem Anlass hat der Landtag jetzt einen neuen Band seiner Schriftenreihe unter dem Titel „Konflikt und Konsens“ vorgelegt. „Es ist ein Blick zurück und doch auch ein Wegweiser in die Zukunft, weil hier über kleinkarierte parteipolitische Grenzen und Zuordnungen der Einsatz für Recht und Gerechtigkeit, für unsere Demokratie und unser Land Nordrhein-Westfalen deutlich wird“, stellt Landtagspräsident Ulrich Schmidt im Vorwort zu dieser Veröffentlichung fest.*

Der Band enthält neben einer Schilderung der Entstehungsgeschichte, einer Dokumentation der Auseinandersetzungen um die Präambel, den Textentwürfen der Landesverfassung auch Einblicke in praktische Anwendung ihrer Grundzüge aus der Sicht des früheren Ministers für Bundesangelegenheiten Gerd Ludwig Lemmer (CDU) und des ehemaligen Ministers für Bundesangelegenheiten, Justizministers und Finanzministers Dr. Diether Posser (SPD).

Unter den Verfassungen der deutschen Länder gehört diejenige von Nordrhein-Westfalen eher zu den Nachzügeln. Nur Niedersachsen folgte noch später. In seiner Analyse des „verfassungslosen“ Zeitraums von fast vier Jahren beschreibt Dr. Christian Dästner die Gründe für die Verzögerungen in der nordrhein-westfälischen Verfassungsdiskussion. Er ist in doppelter Hinsicht für eine solche Untersuchung qualifiziert. Der Jurist ist seit 1993 stellvertretender Direktor des Bundesrats und außerdem Geschäftsführer des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat. Dieser Ausschuss hat eine überaus wichtige Rolle in den rechtlichen Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen sowie anderen Ländern und dem Bund. Dieses Spannungsfeld spielt natürlich auch in den Beispielen praktischer Politik der Minister Posser und Lemmer in diesem Band eine zentrale Rolle. Außerdem hat Dästner von 1989 bis 1993 in der NRW-Staatskanzlei in Düsseldorf gearbeitet und ist Autor eines Kommentars zur Landesverfassung.

In der Art der Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen sieht Dästner einen der Gründe, warum es zu Verzögerungen der verfassungsrechtlichen Klärungen kam. Hatten doch noch kurz nach der Grundratsentscheidung des britischen Kriegskabinetts sowohl Kurt Schumacher (SPD) wie der westfälische Oberpräsident Rudolf Amelunxen in Telegrammen an das britische Außenministerium am 6. Juni 1947 gegen die Fusion der beiden ehemals preußischen Provinzen Stellung genommen. Vor allem in Westfalen gab es Hoffnungen auf eine Selbständigkeit als eigenes Land. Die „Operation Marriage“ der britischen Besatzungsmacht beabsichtigte aber mit der Bildung Nordrhein-Westfalens den Bestrebungen zu einer Internationalisierung des Ruhrgebiets entgegenzuwirken. Diese gingen nicht allein von Russland, sondern auch von Frankreich aus.

In der Schilderung einzelner Abschnitte der nordrhein-westfälischen Verfassungsdiskussion stellt Dästner besonders heraus, dass der von Innenminister Walter Menzel (SPD) dem Kabinett am 17. Dezember 1946 vorgelegte erste Entwurf für ein „Vorläufiges Landesgrundgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen“ davon ausging, dass die künftige deutsche Republik zwar ein Bundesstaat werden sollte, aber die „Regierungsfunktionen mit Hoheitscharakter“ ausschließlich der Reichsgewalt übertragen würden. Damit war eine zentralistischere Grundlage angestrebt, als sie von der CDU und dem damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Dr. Konrad Adenauer, mit einem bewusst föderalen Staat gewünscht wurde.

In der Amtsperiode des ersten gewählten und nicht mehr durch die Besatzungsmacht ernannten Landtags legte Innenminister Menzel Ende 1947 einen weiteren Verfassungsentwurf vor, in den er nach einer Intervention des Kölner Erzbischofs Joseph Kardinal Frings die Schulartikel der Weimarer Reichsverfassung eingearbeitet hatte.

Die beginnenden Beratungen über die Bildung der Bundesregierung unter Einbeziehung von Politikern aus dem nordrhein-westfälischen Landtag führten schließlich 1948 zu einer Aussetzung der Beratungen über eine Landesverfassung in Düsseldorf. Es setzte sich die Meinung durch, dass zunächst das Grundgesetz des Bundes abgewartet werden sollte.

Erst nach dessen Inkrafttreten am 23. Mai 1949 kam es zu weiteren verfassungsrechtlichen Planungen in Nordrhein-Westfalen. Neben der Vorlage von Innenminister Menzel hatte Ministerpräsident Karl Arnold einen weiteren Entwurf ausarbeiten lassen, der konsequent für einen bundesdeutschen Föderalismus eintrat und im Schulrecht den kirchlichen Forderungen entsprach. Nach intensiven und zum Teil durchaus kontroversen Beratungen verabschiedete der Landtag am 6. Juni 1950 mit 110 Stimmen von CDU und Zentrum gegen 97 Stimmen von SPD, FDP und KPD die Landesverfassung. Sie wurde mit der zweiten Landtagswahl am 18. Juni 1950 zur Volksabstimmung gestellt und trat am 11. Juli 1950 in Kraft.

Dästner stellte in einer Diskussion über die neue Veröffentlichung des Landtags fest, dass Nordrhein-Westfalen in seiner Verfassung die Fragen der Schulpolitik und des Elternrechts zunächst stellvertretend für alle Landesverfassungen gelöst hat. Der Landtag sei aber auch später mit dem Schulkompromiss von 1968 einer Anpassung in diesem Problembereich nicht ausgewichen. Nach Auffassung des Autors hat sich die Landesverfassung mit nur 15 Änderungen (bei weiteren 10 gescheiterten Versuchen) gegenüber der Mehrheit der anderen Verfassungen in der Bundesrepublik als stabiler erwiesen.

Mit der umfangreichen Dokumentation der verfassungsrechtlichen Entwürfe — einschließlich derer von FDP und KPD —, einer Zeittafel sowie den Kurzbiografien der Mitglieder des Verfassungsausschusses während der ersten Wahlperiode des Landtags (1947–50) unterstützt der Historiker Dr. Jo-

hann Paul die Analyse. Er hat auch eine besondere Untersuchung zu Abfassung der Präambel der Landesverfassung angefügt. In den Überlegungen über die Form dieser Präambel spiegeln sich die unterschiedlichen Auffassungen aus den Beratungen wider. Mehr als ein Namensstreit war die Frage, ob hier von einer Verfassung oder einem Grundgesetz gesprochen werden sollte. Die Meinungsunterschiede waren darin begründet, ob das Werk stärker föderalistisch oder unitaristisch geprägt sein sollte. Die CDU setzte sich auch hier mit ihrer föderalistischen Auffassung durch.

Wie ein gemeinsamer roter Faden zieht sich die Absicherung des Ruhrkohle-Bergbaus gegen eine überstürzte Verkleinerung durch die umfangreichen Fallbeispiele der Anwendung der Landesverfassung aus der Feder der Minister Gerd Ludwig Lemmer und Dr. Diether Posser. 1965 stiegen die Kohlehalden an der Ruhr beängstigend an, weil der Bergbau sich weiterhin auf eine Absatzgarantie für 140 Millionen Tonnen Steinkohle berief. Zur Finanzierung dieser Halden und als Ausgleich für Feierschichten zu Verminderung der Fördermenge wurde dem Land Nordrhein-Westfalen ein „einmaliger“ Finanzierungsanteil von einem Drittel der Kosten auferlegt, während der Bund einen Anteil von zwei Dritteln übernahm.

In der Aufteilung der Kohlehilfen im Verhältnis von zwei zu einem Drittel war eine weiter angewandte Markierung gesetzt, die dem späteren Finanzminister Posser in den Jahren nach 1978 erhebliche Sorgen bereitete. Sie führten 1983 zur Anrufung des Bundesverfassungsgerichts. Das Gericht entschied 1986 mit Wirkungskraft seines Urteils von 1988 an, dass der horizontale Finanzausgleich sowie die Bundesergänzungszuweisungen nicht frei ausgehandelt werden können, sondern in der Verantwortung des Bundesgesetzgebers stehen. Zur Anwendung dieser Vorschrift ist es praktisch nicht mehr gekommen. Posser verweist auf die Wiedervereinigung Deutschlands, die gewaltige finanzielle Anstrengungen für die neuen Länder notwendig machte. Nordrhein-Westfalen wurde wieder zum Geberland im Länderfinanzausgleich und erhielt auch keine Ergänzungszuweisungen des Bundes mehr. Das Land trat dem „Fonds Deutsche Einheit“ bei und zahlte zwischen 1991 und 1998 über 13,35 Milliarden DM dafür.

Ausdrücklich unterstreicht Posser am Ende, dass trotz aller sachlichen Meinungsverschiedenheiten im Bundesrat und unter den Finanzministern „die gute kollegiale Atmosphäre gegenseitiger persönlicher Wertschätzung“ bestehen blieb. Er persönlich erhielt bei seiner Verabschiedung als Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundesrats ein Schreiben des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß. Darin sprach Strauß seinen Dank an Posser aus „für außergewöhnliche gute politische Zusammenarbeit“. Bei allem Einsatz für NRW sei Posser „stets ein fairer Verhandlungspartner“ gewesen. Es bestand also ein Konsens über alle Konflikte hinaus.

Peter Weigert

## Porträt der Woche

# Präsident des Landtags

## Ulrich Schmidt will Neuregelung der Abgeordnetendiäten anpacken

Von  
Roland Kirbach

Gemessen daran, dass er als Landtagspräsident der ranghöchste Politiker des Landes ist, wenigstens dem Protokoll nach, wohnt Ulrich Schmidt fast schon bescheiden: In der oberen Etage eines zweistöckigen Stadthauses aus den zwanziger Jahren im Zentrum von Wetter an der Ruhr. Zur Miete wohnt er da, zusammen mit seiner Frau. Kinder haben die Schmidts nicht – für wen also Eigentum anschaffen? So könnten sie jederzeit woanders hinziehen, wenn es ihnen nicht mehr gefalle, sagt Ulrich Schmidt. Was wohl eher unwahrscheinlich ist, immerhin wohnen die beiden schon 25 Jahre in dem Haus.

Viel zu verwurzelt ist Ulrich Schmidt in seinem Sprengel, um einfach seine Sachen zu packen. In Volmarstein, heute einer von vier Stadtteilen Wetters, ist er aufgewachsen. Dort trat er 1964 mit 22 Jahren der SPD bei, dort war er Juso-Vorsitzender, und dort ist er noch immer – seit 1969 – SPD-Ortsvereinsvorsitzender. Fast genauso lange, seit 1970, gehört er dem Rat der Stadt Wetter an: von 1975 bis 1995 war er gar ihr Bürgermeister. Ebenfalls seit 1975 vertritt er den Wahlkreis Ennepe-Ruhr II, zu dem Wetter gehört, im Landtag. Ein Leben voller Kontinuitäten also, dem sich nun eine weitere hinzugesellt: Auch in der neuen Legislaturperiode bekleidet der 58-Jährige das Amt des Landtagspräsidenten, das er schon von 1995 an innehatte.

Dass seine Partei als stärkste Fraktion erneut ihn nominierte, hat weniger mit Wohnrechtsrecht als vielmehr mit Schmidts ausgleichender Art zu tun, die ihn für dieses Amt prädestiniert. Der Parlamentsbetrieb ist – darin ein Spiegel der Gesellschaft – sehr viel individualistischer geworden als etwa noch zu Zeiten des alten Ständehauses, wo die Abgeordneten einander ständig über den Weg liefen, schon weil nur wenige das Privileg eines eigenen Büros besaßen. Schmidt versteht sich daher auch als eine Art Mentor, an den sich die Abgeordneten mit ihren Problemen wenden können. Das gilt genauso für die 320 Bediensteten der Landtagsverwaltung, deren Chef der Präsident zugleich ist. In der Öffentlichkeit wird indes vor allem die repräsentative Rolle des Landtagspräsidenten wahrgenommen. Alljährlich empfängt er zahlreiche Besucherdelegationen aus aller Welt, darunter in den vergangenen Jahren zunehmend Politiker aus den jungen Demokratien Osteuropas und Afrikas, die sich im größten und wichtigsten deutschen Bundesland über Föderalismus informieren wollen.

Dass er einmal eine solche staatstragende Funktion ausfüllen werde, sei ihm nicht in die Wiege gelegt worden, sagt Schmidt. Er ist 1942 geboren, seinen Vater, der in Stalingrad fiel, hat er nie gesehen. Die Mutter musste ihn und seinen Bruder allein großziehen. Gern hätte Schmidt Abitur gemacht und studiert, doch das war aus finanziellen Gründen nicht möglich. Mit 14 begann er stattdessen eine kaufmännische Lehre bei Hoesch in Dortmund.

Nach dem Ende der Ausbildung wurde er ein Opfer der ersten großen Stahlkrise; wie alle Lehrlinge wurde er nicht übernommen. Doch bot man ihm kurz darauf eine Stelle in der Betriebskrankenkasse an, wo er es bis zum Gruppenleiter und Referenten für Grundsatzfragen brachte. Anfangen hat er jedoch zunächst in der Schalterhalle. Wie der Lohn wurden auch das Kranken- oder das Sterbegeld damals noch bar ausbezahlt. In den Gesprächen am Schalter erfuhr Schmidt viel von den Sorgen und Nöten der kleinen Leute. Diese Zeit legte mit den Grundstein für Schmidts späteres Engagement als Sozialpolitiker. Sensibilisiert für die Probleme Schwacher und Benachteiligter hat ihn auch der Umgang mit den Körperbehinderten aus der Evangelischen Stiftung Volmarstein, mit denen er schon als Kind im Sandkasten gespielt habe.

Heute gehört Schmidt dem Aufsichtsrat dieser Stiftung an – nur eine von vielen Aktivitäten, die Schmidts soziales Engagement belegen. So ist er beispielsweise Landesvorsitzender der Lebenshilfe e.V. und gehört dem Vorstand des Diakonischen Werks NRW an. Im Landtag prägte er 20 Jahre lang die Politik im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales mit. Zeitweilig saß er auch dem gleichnamigen SPD-Arbeitskreis vor.

Dass im Zweifel jedoch wirtschaftliches Kalkül vor soziale Erwägungen geht, hat Schmidt schmerzhaft in seinem Wahlkreis erfahren müssen. Die Stilllegung der Hattinger Henrichshütte, für deren Erhalt „wir uns die Sohlen durchdemonstriert haben“, oder der vergebliche Kampf um den Erhalt der Firma Mönninghoff und diverser Bergbauzulieferer machten die Grenzen politischer Einflussnahme deutlich. Als Schmidt Landtagsabgeordneter wurde, arbeiteten auf der Henrichshütte noch über 10000 Menschen. Zwar konnte er mithelfen, neue Unternehmen auf dem Areal anzusiedeln, wie er auch bei der Gründung der Privatuni Witten-Herdecke eine wichtige Rolle spielte. Einen Ersatz für die verloren gegangenen Massenarbeitsplätze der Montan-



Ulrich Schmidt

industrie indes können die neuen Jobs nicht bieten.

Während vielerorts im Ruhrgebiet der Strukturwandel jedoch auch mit einem Verlust der Bindungskraft der SPD einhergeht, genießt sie in Schmidts Wahlkreis nahezu ungebrochenes Vertrauen. Bei der Wahl im Mai gewann Schmidt erneut das Direktmandat; mit 52,5 Prozent lag sein Ergebnis nur unwesentlich unter dem der vorherigen Wahl – sicher mit ein Beleg dafür, dass er, der sich selbst als „traditionalistischen Sozialdemokraten“ bezeichnet, auch als Landtagspräsident den Kontakt zu den Menschen vor Ort nicht verloren hat.

In der neuen Legislaturperiode stellt sich Schmidt darauf ein, dass es im Landtagspräsidium nun etwas „bunter“ zugehen wird. Mit dem Wiedereinzug der FDP hat er nicht nur einen Stellvertreter mehr als bisher – überdies tauschten CDU und GRÜNE die von ihnen gestellten Vizepräsidenten aus.

Zu den Vorhaben, die Schmidt in der neuen Amtsperiode anpacken will, zählt eine Anhebung und Neuregelung der Abgeordnetendiäten – ein in der Öffentlichkeit eher unpopuläres Thema, nach Schmidts Ansicht aber unumgänglich. Die Bezüge der nordrhein-westfälischen Parlamentarier bewegten sich im bundesweiten Vergleich „im unteren Drittel“. Damit seien gute Leute „nicht hinter dem Ofen hervorzulocken“. Das Thema sei daher auch eine Frage der Qualität der parlamentarischen Arbeit. Sie zu verbessern, ist Schmidt ein wichtiges Anliegen. Die „ritualisierten Beschimpfungen“ im Plenum zum Beispiel, die nichts mit argumentativen Schlagabtauschen zu tun hätten, möchte er gerne eindämmen.

Ein gutes und selbstbewusstes Landesparlament ist für Schmidt kein Selbstzweck, sondern notwendig, um der Verlagerung von immer mehr Gesetzgebungskompetenzen auf den Bund und die EU zu begegnen. Ganz abgesehen davon, dass der Landtag als „erste Gewalt im Land“ seine Interessen auch wirkungsvoll gegenüber der Regierung zu vertreten habe.

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 2. Mai bis 20. Juni 2000

Geburtstag hatten:

- 2. 5. **Dr. Jana Pavlik** (FDP), 53 J.
- 4. 5. **Bärbel Höhn** (GRÜNE), 48 J.
- 5. 5. **Hardy Leonhard Fuß** (SPD), 45 J.
- 6. 5. **Antonius Rüsenberg** (CDU), 57 J.
- 7. 5. **Dr. Hans Kraft** (SPD), 53 J.
- 7. 5. **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP), 52 J.
- 9. 5. **Ezzo-Michael Solf** (CDU), 54 J.
- 9. 5. **Maria-Theresia Kastner** (CDU), 50 J.
- 11. 5. **Ursula Bolte** (SPD), 56 J.
- 11. 5. **Friedhelm Lenz** (SPD), 55 J.
- 12. 5. **Friedhelm Heinrich Ortgies** (CDU), 50 J.
- 15. 5. **Regina van Dinther** (CDU), 42 J.
- 16. 5. **Dr. Gerhard Papke** (FDP), 39 J.
- 20. 5. **Sigrid Klösges** (SPD), 62 J.
- 20. 5. **Franz-Josef Britz** (CDU), 52 J.
- 21. 5. **Helga Schwarz-Schumann** (SPD), 45 J.
- 23. 5. **Wolfgang Wilhelm Josef Große-Brömer** (SPD), 48 J.
- 24. 5. **Theo Kruse** (CDU), 52 J.
- 25. 5. **Hildegard Hießen** (SPD), 54 J.
- 25. 5. **Inge Howe** (SPD), 48 J.
- 25. 5. **Brigitte Capune-Kitka** (FDP), 47 J.
- 25. 5. **Johannes Remmel** (GRÜNE), 38 J.
- 27. 5. **Hans-Peter Milles** (SPD), 49 J.
- 28. 5. **Josef Rainer Bischoff** (SPD), 42 J.
- 30. 5. **Edmund Feuster** (SPD), 46 J.
  
- 1. 6. **Ernst-Martin Walsken** (SPD), 53 J.
- 1. 6. **Hans-Willi Körfges** (SPD), 46 J.
- 1. 6. **Jan Söffing** (FDP), 46 J.
- 4. 6. **Christof Rasche** (FDP), 38 J.
- 5. 6. **Rudolf Henke** (CDU), 46 J.
- 7. 6. **Dr. Bernhard Kasperek** (SPD), 48 J.

Geburtstag haben:

- 9. 6. **Ute Koczy** (GRÜNE), 39 J.
- 12. 6. **Dr. Ute Dreckmann** (FDP), 50 J.
- 12. 6. **Hannelore Kraft** (SPD), 39 J.
- 16. 6. **Norbert Johannes Jakob Post** (CDU), 48 J.
- 17. 6. **Frank Baranowski** (SPD), 38 J.
- 18. 6. **Bernhard Recker** (CDU), 61 J.

★

**Loke Mernizka** (SPD), scheidender Landtagsabgeordneter und stellvertretendes Mitglied im EU-Ausschuss der Regionen (AdR) ist beauftragt worden, eine Initiativstellungsnahe des AdR zum Thema „Die Bedeutung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute für eine ausgewogene Entwicklung der Regionen, Städte und Gemeinden in Europa“ vorzubereiten. Im September will die Fachkommission 1 des AdR, der Mernizka angehört, in Mainz darüber beraten.

★

**Günter Weber** (SPD), bisher Landtagsabgeordneter, hat den Standpunkt vertreten, ein Abschied müsse vernünftig sein und deshalb seine Nachbarn in Mülheim an der Ruhr zu einem „Info-Umtrunk“ in den Landtag eingeladen. Wie viele andere Politikerinnen und Politiker der 12. Wahlperiode, die aus dem Parlament ausgeschieden sind, stellte auch Günter Weber fest, dass er den Abschied von der Politik nach 36 Jahren erst noch lernen müsse.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Kurfürst Clemens August und Falkenlust

Zu der großzügigen Gesamtanlage der Kurfürstlichen Residenz in Brühl gehört nicht nur das Schloss Augustsburg mit seinen weitläufigen Garten- und Parkanlagen, sondern auch das etwas abseits gelegene kleine Jagd- und Lustschloss Falkenlust, die kleine Schwester des Hauptschlösses. Beide gehören zum Weltkulturerbe der UNESCO. Mitte der siebziger Jahre wurde Falkenlust umfassend restauriert. In der Zwischenzeit aber haben sich wieder Schäden ergeben. Das Land Nordrhein-Westfalen will bis zum Jahre 2005 rund 7,8 Millionen Mark bereitstellen. Davon sollen das Lack-Kabinett, der untere Salon, das Treppenhaus und die Schlafzimmern restauriert werden, nachdem der Dachstuhl repariert und eine Alarmanlage installiert worden ist. Ferner will man die schmiedeeisernen Gitter sowie die Muschelkapelle im Garten wieder herrichten. Falkenlust, das 1960 vom Land Nordrhein-Westfalen von privat zurückgekauft wurde, war das Jagdschlösschen des Kurfürsten Clemens August, Kurfürst und Erzbischof von Köln, Bischof von Münster, Paderborn, Hildesheim und Osnabrück, der von 1700 bis 1761 lebte. Er übte mit großer Leidenschaft alle Jagdarten aus, die in seinem großen Herrschaftsbereich zur damaligen Zeit möglich waren. Am meisten begeisterte ihn indessen die vornehmste Art zu jagen, die Beize mit Falken auf Reiher und Milane. 1729 legte der Kurfürst den Grundstein für Falkenlust, in das er sich nicht nur zur Jagdausübung, sondern auch zu geheimen politischen Aussprachen und Verhandlungen zurückzog. In diesem Jahr wird mit einer großen Ausstellung im Schloss Augustsburg in Brühl des baufreudigen Wittelsbacher Kurfürsten Clemens August gedacht. Sie trägt den Namen „Der Riss im Himmel“. In 37 eindrucksvoll inszenierten Räumen des Schlosses wird nicht nur die Pracht und Herrlichkeit am Hofe gezeigt, sondern auch die Lebens- und Arbeitswelten des einfachen Volkes. Das Bild zeigt den Kurfürsten beim Morgenempfang. Ein Gemälde von Joseph Vivien im Lackkabinett von Falkenlust.